



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

FTT: GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUR EINFÜHRUNG UND ABWEISUNG DER KLAGE GROSSBRITANNIENS DURCH EUGH

Am vergangenen Dienstag, den 06.05.2014, haben zehn EU-Mitgliedstaaten in einer gemeinsamen Erklärung anlässlich des EcoFin-Treffens ihre Absicht zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTT - Financial Transaction Tax) bekräftigt.

Die Staaten, die an der Verstärkten Zusammenarbeit teilnehmen – darunter Deutschland, Frankreich, Österreich – teilen u. a. mit, dass sie bis zum Ende dieses Jahres eine tragfähige Lösung finalisieren wollen, die auch die Bedenken der Nicht-Teilnehmerstaaten anspreche. Geplant sei nun eine schrittweise Einführung dieser Steuer, die sich zunächst auf eine Besteuerung von Aktien und einigen Derivaten fokussieren soll. Ein Inkrafttreten ist bis zum 01.01.2016 geplant. Sofern Mitgliedstaaten Steuern auf Produkte erheben wollen, die zunächst nicht Teil der schrittweisen Umsetzung seien, so stehe ihnen dies offen. Bisher nahmen an der Verstärkten Zusammenarbeit elf EU-Mitgliedstaaten teil – Slowenien hat diese Erklärung nicht mehr unterstützt. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

ERKLÄRUNG VON OECD-MITGLIEDERN ZUM AUTOMATISCHEN INFORMATIONSAUSTAUSCH

Bei einem Treffen am Dienstag, den 06.05.2014, haben sich OECD-Mitglieder in Paris zur Einführung eines automatischen Informationsaustausches bekannt. Im Februar 2014 haben die G20-Finanzminister alle Staaten und Gebiete aufgefordert, den neuen Standard zügig umzusetzen. Mittlerweile sind über 45 Staaten der G5-Initiative einer frühen Einführung beigetreten, darunter jetzt auch die Schweiz und Singapur.

Hintergrund: <http://goo.gl/ryz7F6>

EU: SCHWEDEN BLOCKIERT ÄNDERUNG BEI DER MUTTER-TOCHTER-RICHTLINIE

Auf europäischer Ebene wollten die EU-Finanzminister in dieser Woche die Änderung der Mutter-Tochter-Richtlinie 2011/96/EU zur Vermeidung der beschriebenen doppelten Nichtbesteuerung beschließen (siehe hierzu BID Steuerpolitik 2013.50). Entgegen den allgemeinen Erwartungen hat jedoch Schweden die geplanten Änderungen blockiert. Allerdings sollen bislang bestehende Probleme aufgrund unbeabsichtigter Mehrfachbesteuerungen bis Juni 2014 ausgeräumt werden.

Hintergrund: <http://goo.gl/eb9a3S>

EDITORIAL

Liebe Leser,

heute haben sich die Finanzminister der Bundesländer auf die Details der strafbefreienden Selbstanzeige geeinigt, die eine deutliche Verschärfung der Regelungen ab 2015 mit sich bringen wird. So soll der Strafzuschlag ab einer hinterzogenen Summe von 25.000 Euro künftig 10 %, ab 100.000 Euro 15 % und ab einem Hinterziehungsbetrag von einer Million Euro 20 % betragen. Zudem soll der Zeitraum für die Erklärungspflicht von fünf auf zehn Jahre verdoppelt werden. Ob es Verschärfungen bei der Erbschaftsteuer insbesondere für übertragenes Betriebsvermögen geben wird, wird sich aus der mit Spannung vom Bundesverfassungsgericht für den 08.07.2014 angesetzten Verhandlung ergeben. Steuererhöhungen bedarf es jedenfalls nicht, wirft man einen Blick auf die gestern präsentierten Steuerschätzungen. So rechnet der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ aufgrund der anhaltend positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 2013 mit Steuereinnahmen von 620,5 Mrd. Euro, die auf rund 731,5 Mrd. Euro im Jahr 2018 ansteigen. Mit der Finanztransaktionssteuer will es dagegen nicht so recht vorangehen. Der Kreis der einführungswilligen Länder bröckelt – Slowenien hat sich verabschiedet. Und die gemeinsame Erklärung der übrigen Staaten ist hauchdünn. Die FTT stirbt einen langsamen Tod.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

- **TOP-ISSUES** 1 – 9
- **OUTGOING** 10 – 11
vom 05.05. bis 09.05.2014
- Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung steuerlicher Regelungen an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts
- Bericht über aktuelle finanz- und steuerpolitische Entwicklungen in der EU/ECOFIN
- u. a.
- **BFH-ENTSCHEIDUNGEN** 12 – 13
vom 07.05.2014
- **BMF-SCHREIBEN** 14
vom 02.05. bis 08.05.2014
- **STATUS** 15 – 22
zum 09.05.2014
- Gesetz zur Anpassung von Gesetzen auf dem Gebiet des Finanzmarktes
- Gesetz zu dem Abkommen vom 09.09.2013 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik der Philippinen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
- Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014
- Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2015 und zum Finanzplan 2014 bis 2018 sowie zum Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“
- ... sowie weitere Gesetze
- **UPCOMING** 24
vom 10.05. bis 16.05.2014
- Bundestag:** keine Sitzung, nächste Sitzungswoche 19.05. – 23.05.2014
- Bundesrat:** keine Sitzung, nächste Sitzung 23.05.2014
- Stakeholder:** keine steuerpolitisch relevanten Termine

REGIERUNGSENTWURF EINES GESETZES ZUR ANPASSUNG DES NATIONALEN STEUERRECHTS AN DEN BEITRITT KROATIENS ZUR EU UND ZUR ÄNDERUNG WEITERER STEUERLICHER VORSCHRIFTEN

Die Bundesregierung hat am 30.04.2014 den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens zur EU und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften beschlossen. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

ÜBERARBEITETER ENTWURF EINES BMF-SCHREIBENS ZU DEN GOBD

Die Finanzverwaltung beabsichtigt angesichts der zunehmenden Nutzung von EDV in Geschäftsprozessen, die vorhandenen Regelungen in den bisherigen Schreiben zu den GDPdU bzw. GoBS und dem FAQ Datenzugriffsrecht zu aktualisieren und in einem neuen BMF-Schreiben GoBD (Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff) zusammenzufassen. Dem Vernehmen nach plant die Finanzverwaltung, das endgültige BMF-Schreiben im Sommer 2014 zu veröffentlichen.

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat den bisher an Beratungen zum GoBD-Schreiben beteiligten Verbänden nunmehr einen überarbeiteten BMF-Entwurf übersendet. Es handelt sich um die sog. Version 8 vom 11.04.2014, welche am 21.05.2014 mit den BP-Referatsleitern von Bund und Ländern erörtert werden soll. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 6](#)

Die weiteren Themen in dieser Ausgabe:

BFH: KEIN WIRTSCHAFTLICHES EIGENTUM DES ANTEILSERWERBERS BEI „CUM-EX-GESCHÄFTEN“

BFH: ABZUGSVERBOT DER GEWERBESTEUER VON DER BEMESSUNGSGRUNDLAGE DER KÖRPERSCHAFTSTEUER IST VERFASSUNGSGEMÄSS

Diese Artikel erhalten Sie als Abonnent ab [Seite 8](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de

➔ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN mail@bid.ag



PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bid.ag

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Moritz Hunger, mh@bid.ag, -26

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -27

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -25

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Herausgeber: polisphäre e.V.
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

berlin@polisphäre.eu
www.polisphäre.eu

PROBEABONNEMENT

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- ➔ Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- ➔ **VERKEHRSPOLITIK**
- ➔ **SICHERHEITSPOLITIK**
- ➔

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)